

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUS

Kampfblatt der Werktätigen

2. Jahrgang

Wien - Graz, November 1930

Nummer 36

Der Bankrott des Stalinismus.

Der von Schwindsucht verzehrte Körper der KPdZ windet sich in schweren Kämpfen. Die „Führer“ der KPdZ bereiten sich gegenseitig das politische Grab vor, in das die eine oder die andere Garnitur als der Sündenbock für die Wahlnachschlacht versenkt werden soll. Ganz vertattert standen die von oben eingesetzten „Beamten“ dem Wahlergebnis gegenüber. Die „Rote Fahne“, die zwei Tage vor der Wahl in fetten Lettern verkündete: „Der Erfolg der Kommunisten ist gesichert! - Die Stimme des Stalinismus muß und wird diesmal im Parlament erdröhnen!“, flammte zwei Tage nach der Wahl: „Die Kommunistische Partei hat einen offenkundigen Vormarsch zu verzeichnen (!) Sie steigerte ihre Stimmengzahl von rund 16.000 auf rund 21.000 Stimmen... Und diese Stimmengzahl steht in keinem Verhältnis zum wirklichen Einfluß der Partei auf die Massen.“ (!)

Und dann gesteht kleinlaut dieselbe „R. F.“:

„Aber auch das vorausgeschickt, wollen wir offen feststellen, daß uns das Wahlergebnis nicht befriedigt.“

Kein wahres Wort, kein Grad von Schande, kein Maß von Verantwortlichkeitsgefühl haben diese Beamten im Golbe Stalins. Die Mitgliedschaft belogen, die Leier betrogen, die Arbeiterschaft genarrt; darauf war der ganze Wahlbluff dieses Beamtenums aufgebaut. Von 8 bis 10 Mandaten, also von rund 200.000 Wählern, sprach die „Parteilührung“ vor dem 9. November, und kaum 21.000 Stimmen haben sie, trotz der nur auf parlamentarischen Kremlismus aufgebauten Wahlkampagne, erhalten. Um 6000 Stimmen weniger als im Jahre 1923. Und da wagt dieses Beamtenum noch zu sagen, „diese Stimmengzahl steht in keinem wirklichen Verhältnis zum wirklichen Einfluß der Partei auf die Massen“; die Massen demonstrieren mit der Partei, aber wählen nicht die Partei. Tatsache ist, daß die Massen weder das eine noch das andere tun. Nur in der pathologischen Augenphantasie der Redakteure der „R. F.“ demonstrieren die Massen mit der KPdZ. Zehntausende sollen nach der „R. F.“ am 7. November beim Fackelmarsch in Ortsting marschieren sein, und tausend waren es nur. Schon der Hungermarsch am 23. Oktober sollte diesen Phantasten eine Wahrnehmung sein. Wenn es Phantasten wären, die gegenwärtig die revolutionäre Partei des Proletariats zu Schanden führen, wäre es (leider) noch nicht so arg. Sie würden von der Mitgliedschaft hinweggefegt werden. Hier haben wir es aber mit einer gewissenlosen Abenteuerzirkel zu tun, die die Partei in den Bankrott gewirtschaftet hat und sich nur durch politische Hochstapelei, Lügen und durch willkürliches Vakuum vor Stalin zu behaupten vermögen.

Einen Sündenbock hat die Parteibürokratie schon. Die Mitgliedschaft ist schuld. „Grundlegende Mängel in der Parteiarbeit, daß die beinahe ganz fehlende Massenarbeit in Betrieb und Gewerkschaften sich grundlegend ungünstig

auswirken mußte, die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu wenig (!) angewendet wurde“, so erklärt die „R. F.“ in dem erwähnten Artikel die Tatsache, daß „das Wahlergebnis nicht befriedigt“.

Nicht einmal erwähnt wird die Frage, ob die Politik der Partei richtig war. Wer darf an der Unwissenheit des „bolshewistischen ZK.“ (aus dem bereits vier Mann wegen unproletarischen Verhalten ausgeschlossen werden mußten) zweifeln? Sagt doch Benedikt, der politische „Kopf“ des ZK., auf der Parteiarbeiterkonferenz am 14. November:

„Wir haben zum erstenmal unsere Stimmengzahl beträchtlich steigern können... (!) Weiters müssen wir aber feststellen, daß die KPdZ. noch nicht die Wende in der Gewerkschaftsarbeit durchgeführt hat... Der gesamte Gewerkschaftsapparat der Partei von unten bis oben wird erneuert werden.“ (!)

Das sind die einzigen drei Sätze aus dem Referat Benedikts, die etwas ansagen über das, was der „Führer“ der Partei denkt. Alles andere ist leeres Geschwätz.

Die Sozialdemokratie verliert vor allem im industriellen Niederösterreich und Obersteiermark rund 40.000 Stimmen und gewinnt in Wien knapp 10.000 Stimmen aus dem bürgerlichen Lager (Jüdische Partei und Demokratische Partei). Und von den 40.000, vorwiegend proletarischen Wählern, kommen 2000 Wähler zur KP. Gemeinlich an 1923 hat die Partei in der Provinz noch immer einen Verlust von rund 4000 Stimmen. Gerade dort, wo große Massen der SP. den Rücken gekehrt haben, vermochte die KP. nicht einmal ihren Bestzustand von 1923 wiederzuerlangen. Wohin sind diese Massen gegangen?

Die Nationalsozialisten erhielten 108.000 Stimmen (1927 - 27.000 Stimmen), davon entfallen rund 80.000 Stimmen auf die Provinz; besonders in Niederösterreich ist ihr Aufstieg gewaltig. Der Heimatblock erhielt 228.000 Stimmen und zieht mit acht Mandaten ins Parlament ein.

Diese Tatsachen übergeht der „Führer“ der Partei, davon spricht er nur nebenbei. Benedikt erklärt der Partei die Tatsache, daß Arbeiter nicht kommunistisch gewählt haben dadurch, „daß sie sich gesagt haben, wir glauben nicht, daß die KP. ein Mandat erringt“. Wenn die Arbeiter wirklich aus diesem Grunde nicht kommunistisch gestimmt haben, warum haben sich die 40.000 Proletarier, die enttäuscht über die SP. zum Faschismus gingen, nicht von diesem Arierertum lassen, als sie für die Nationalsozialisten stimmten? Oder, was viel näher liegt, warum haben die 40.000 Vertreter nicht für die KP. gestimmt?? Wenn eure Persönlichkeit, eure Politik und Taktik richtig war, warum hat sich die von euch immer in die Welt geprägte härmliche Linkswindlung und Radikalisierung der Massen nicht im Wahlergebnis gezeigt? Warum gerade das Gegenteil?

Warum siegreich statt dem Vins- der Rechtsradikalismus? Darauf habt ihr Beamtin Stalins keine Antwort. Ihr prahlt mit einigen Erfolgen in Provinzorten, die doch nicht das Resultat eurer „richtigen“ Politik, sondern nur der Ausdruck des besonderen Opfermutes und Glanz der Mitglieder sind. Dagegen habt ihr in Kärnten fast 50 Prozent der Stimmen von 1927 verloren und in Steiermark einen vernichtenden Schlag erlitten.

Wir linken Kommunisten würden einen Erfolg der Partei freudig begrüßt haben, denn er würde unserer Arbeit um die Gesundung der Partei einen mächtigen, objektiv günstigen Impuls gegeben haben. Er hätte uns die Möglichkeit gegeben, die Politik des K. unter die Kontrolle der Massen zu stellen, um mit dem frischen Blut der Partei den Kampf um die leninistische Politik gegen die stalinistischen Bankrottneure zu führen. So aber ist der Bankrott durch die Führung der Beneßky, Kopylenig und Tomann so vernichtend, daß wir vor einem Trümmerrhaufen stehen.

Die Politik der Partei wird nicht überprüft, sondern der gegenwärtige Kurs, der die Partei in den Bankrott geführt hat, noch verschärft. Der ultralinke Gewerkschaftskurs wird an die Spitze gerieben, die letzten Reste der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre, die einen funken Verband bewahrt haben, sollen ausgeschaltet werden: die Madau- und Strohschneepolitiker werden nun die letzten stärklichen Reste, die dort und da noch in den Betrieben und Gewerkschaften bestehen, zertrümmern.

Ausgehend von der Theorie der „Dritten Etappe“ hat der Stalinismus in Oesterreich zu einer Zeit, wo die Arbeiterchaft im schwersten Verteidigungskampfe stand, was es darauf ankam, in den Betrieben und Gewerkschaften den Widerstand der Arbeiter zu organisieren, den Kampf um die Macht proklamiert und war nicht imstande, eine Demonstration gegen die Schöber-Verfassung zustande zu bringen.

Für die Stalinbürokratie herrscht seit 29. September 1929 die faschistische Diktatur. (29. September Regierungsantritt Schöber.) Mit dem 29. September war für sie die zweijährige Kampftappe abgeschlossen (seit 15. Juli 1927) und endete „mit dem Siege des Faschismus“. Diese politische „Weisheit“ wurde in der am 30. Mai 1930 beschlossenen Kominternresolution der KPD. aufkotziert. Dieselbe Stalinbürokratie hat es sich aber nicht nehmen lassen (sechs Wochen nach der Errichtung der faschistischen Diktatur!), im November 1929 der Partei die Aufstandsperspektive, die Parole des unmittelbaren Kampfes um die Macht und die Rädelösung als unmittelbare Aufgabe zu stellen. Dieser Zynismus sucht seine Begründung in der Auffassung, daß die vollzogene faschistische Diktatur „die revolutionären Perspektiven in Oesterreich äußerst günstig gestaltet“. Entweder es hat sich die faschistische Diktatur am 29. September etabliert, dann kann es doch keine günstige revolutionäre Perspektive geben, denn der Sieg des Faschismus setzt die entschiedene Niederwerfung des Proletariats voraus (was man doch vom Proletariat Oesterreichs nicht behaupten kann), oder aber es gibt eine objektiv günstige revolutionäre Perspektive, denn aber hätte die Partei jene Politik machen müssen, die der 3. Weltkongreß untrer Führung von Lenin und Trotzki den Kom. Parteien gewiesen hat.

Die völlige Konjunktion, der Gipfelpunkt der Selbstmordstrategie findet in nachfolgenden Zitaten der erwähnten Resolution ihren Niederschlag:

„Die österreichische Sozialdemokratie bildet heute eine wirkliche Basis für die faschistische Diktatur . . . Besonders wichtig ist es jetzt hervorzuheben, daß ein Zusammenschluß von Sozialdemokratie und Faschismus zum Zwecke der Festigung der faschistischen Diktatur erfolgt.“

Und einige Zeilen später sollen die österreichischen Kommunisten das Gegenteil von der eben zitierten Auffassung den Arbeitern lehren:

„Man muß den Arbeitern auseinandersetzen, daß der österreichische Sozialfaschismus heute die Kesperde der Bourgeoisie ist, daß die Sozialdemokratie . . . bei einer Verschärfung der revolutionären Krise wiederum zur Rettung des Kapitalismus in die Regierung berufen werden wird.“

Entweder die Sozialdemokratie ist mit dem Faschismus „zusammengeschlossen“ und die Basis zur „Festigung der faschistischen Diktatur“ oder sie wird im kritischen Augenblick in die Regierung berufen; dann haben wir aber keine faschistische Diktatur; denn eine faschistische Diktatur mit Koalitionsregierung gibt es nur im Gehirn eines Narren oder eines politischen Scharlatan.

Drei Jahre stürmt die Bourgeoisie den Austrobulschewismus, stürmt die Bourgeoisie gegen das Wiener Stadtparlament, stürmt der Faschismus die freien Gewerkschaften und ihre Positionen in den Betrieben. (Die KPD. spielt fast keine Rolle und wird fast nie erwähnt.) Statt den Arbeitern auseinanderzusetzen, daß die Sozialdemokratie die verspätete Auflage des Liberalismus, die Partei der historisch überholten und im Zusammenbruch befindlichen bürgerlichen Demokratie ist, die durch ihre kapitalistischen Wirtschaftspolitik vor dem Faschismus und durch ihre kapitalistische Wirtschaftspolitik das Proletariat und seine Interessen am Altar der Bourgeoisie opfert, hat die KPD., mit der unfinnigen Theorie vom Sozialfaschismus die Rolle des stäffenden Hundes gespielt, statt im Proletariat den Widerstand zu organisieren. Statt dem Proletariat die Halbheiten der vom Faschismus bedrängten SP. bloßzustellen, hat die historische Rolle der Sozialdemokratie und des Faschismus im Dienste der kapitalistischen Gesellschaftsordnung anzuzeigen und die gegenseitige Ergänzung von Sozialdemokratie und Faschismus am linken und rechten Pol der bürgerlichen Gesellschaft ins Bewußtsein der Arbeitermassen zu prägen, hat die stalinistische Führung der KPD. beide Pole in eine Formel gepreßt und damit sich, von dem, vom Faschismus bedrängten Proletariat isoliert. Wenn die Sozialdemokratie nur deshalb, weil sie eine bürgerliche „Arbeiter“partei geworden ist, als „sozialfaschistisch“ klassifiziert werden mußte, so hätte es seit dem Bestande der bürgerlichen Gesellschaft nie einen Unterschied gegeben zwischen den linken und rechten bürgerlichen Parteien. Gerade diese Differenzierung in liberale und konservativ-, radikal und reaktionäre, linke und rechte bürgerliche Parteien ist eine grundlegende Tatsache der bürgerlichen Gesellschaft.

„Ja, der Zusammenstoß der Sozialdemokratie mit dem Faschismus ist jetzt die grundlegendste Tatsache der österreichischen Politik. Die sozialdemokratische Partei weicht zurück und gibt nach, sie kriecht auf dem Bauch, flieht an und gibt eine Position nach der anderen auf. Aber dessenungeachtet hat der Zusammenstoß einen ganz realen Charakter, es geht um Sein oder Nichtsein der sozialdemokratischen Partei. Ein weiteres Vordringen der Faschisten kann — muß — die sozialdemokratischen Arbeiter und sogar einen Teil des sozialdemokratischen Apparates viel weiter stoßen als zu der Grenze, die die Bauer, Seitz und andere sich gestellt haben. Wie aus dem Konflikt des Liberalismus mit der Monarchie sich öfters eine revolutionäre Situation entwickelte, die später über beide Gegner hinauswuchs, so kann aus dem Zusammenstoß der sozialdemokratischen Partei mit dem Faschismus — zweier gegnerischen Bevollmächtigten der Bourgeoisie — eine revolutionäre Situation entstehen, die über beide hinauswächst.“

Völlig unauglich wäre der proletarische Revolutionär, der in der Epoche der bürgerlichen Revolution es

nicht vermochte, den Konflikt zwischen Liberalismus und Monarchie zu werten und zu verstehen und der, anstatt den Konflikt in revolutionärer Weise auszunutzen, die Gegner zu einem Haufen zusammenwerfen würde. Völlig unzulänglich ist der Kommunist, der angesichts des Zusammenstoßes zwischen Faschismus und sozialdemokratischer Partei ihn einfach mit der leeren Formel des Sozialfaschismus überkleidet, einer Formel, die jedes Inhaltloses entbehrt. (Aus „Die Krise in Oesterreich“ von V. Trozki.)

Seit Jahren treibt die KP. eine Politik, die schwankt zwischen Abenteuerertum und Schwanzpolitik. Ohne sich Rechenschaft zu geben über die Vergangenheit, humpelt die die Partei hinter den Ereignissen einher und importiert ihre politischen Aktionen aus dem Auslande. Je nach Bedarf „Antifaschistenkongress“, „Hungermarsch“, „Roter Tag“ usw. Vom Wahlerfolg des Faschismus wurde die Partei ebenso überrascht wie ihr: Politik von der politischen Wirklichkeit widerlegt wird. An Stelle einer ernstlichen Bewertung der Ereignisse tritt eine schablonenmäßige Klassifizierung: „Verschärfte, weitere Verschärfung, äußerste Verschärfung der faschistischen Diktatur“ und dann beginnt es wieder von vorne. Der Regierung Saugoin-Starhemberg stand die Partei ebenso überrascht gegenüber wie dem Wahlergebnis.

Die Politik der Partei muß von der Wurzel aus umgestellt werden. Die stalinistische Politik ist Wasser auf den Mühlen der Rechten und der Sozialdemokratie; deren linke Flanke völlig frei ist, durch das Verjagen der KPDe. Die Theorie der „dritten Periode“, die gerade in Oesterreich in der schroffsten Form widerlegt wurde, muß, mit all ihrem Ballast, über Bord geworfen werden. Der Ausgangspunkt für die Politik der Partei muß der Zusammenstoß des Faschismus mit der Sozialdemokratie sein und nicht, wie bisher, der Kampf des Kommunismus mit dem „Sozialfaschismus“, der die Partei in die Sackgasse getrieben hat. Das Verjagen der KP. hat die 40.000 Arbeiter, die der SP. den Rücken gekehrt haben, in die Arme des Faschismus getrieben. Die Partei muß vor allem das Vertrauen der Arbeiter gewinnen, vom Proletariat ernst genommen werden. Die Massen in den proletarischen Organisationen müssen in Bewegung gesetzt werden. Die leninische Einheitsfrontpolitik muß die Masse der Partei taktisch werden. Schluß mit dem Linksopportunisten. Schluß mit der Isolierungs- und Spaltungsarbeit in den Gewerkschaften und Vereinen. Eine nähere Sprache in der kommunistischen Presse; Schluß mit den Lügenberichten. Ablehne von der stalinistischen Theorie „vom Sozialismus in einem Lande“; Ablehne von den stalinistischen Komintern- und Parteiregime. Wiederaufnahme der Linken Opposition in die Partei. Eröffnung einer breiten Diskussion über die Krise in der KP und der Politik und den Aufgaben der Partei.

Das sind die dringendsten Forderungen, die wir linken Kommunisten an die Partei stellen, um sie zu retten. Die entscheidende Frage, wie kann die Partei die Massen erobern, steht mit aller Schärfe vor uns. Entweder die Partei bekehrt sich zum Leninismus, oder sie wird von der faschistischen Flut vernichtet. Der Sieg im Kampfe um die Werttätigen, die heute noch hinter der SP. stehen, wird die Frage, proletarische oder faschistische Diktatur, entscheiden. Vorderhand hat der Faschismus in Oesterreich, als auch in Deutschland, einen gewaltigen Vorsprung.

„Das gigantische Anwachsen des Nationalsozialismus ist der Ausdruck zweier Tatsachen: der tiefen sozialen Krise, welche die kleinstädtischen Massen aus dem Gleichgewicht bringt, und das Fehlen einer solchen revolutionären Partei, welche schon heute in den Augen der Volksmassen der brennende revolutionäre Führer wäre.“

Wenn die kommunistische Partei die Partei der revolutionären Hoffnungen ist, so ist der Faschismus als Massenbewegung die Partei der konterrevolutionären Verzweiflung. Wenn die revolutionäre Hoffnung das gesamte proletarische Massiv ergreift, so zieht es unzweifelhaft bedeutende und stets anwachsende Kräfte der Kleinbourgeoisie auf den Weg der Revolution hinter sich her. Gerade auf diesem Gebiete zeigen die Wahlen ein ganz entgegengesetztes Bild: die konterrevolutionäre Verzweiflung hat das kleinstädtische Massiv mit einer solchen Gewalt erfaßt, daß dieses bedeutende Schichten des Proletariats mit sich zog.“ (Aus: „Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland“ von V. Trozki.)

Diese Worte Trozkis haben für Oesterreich in dem Maße gesteigerte Bedeutung, als es der Partei nicht gelingt, von einer Propagandagruppe des Stalinismus zu einer leninischen, kommunistischen Massenpartei zu werden.

An der Parteimitgliedschaft liegt es jetzt, den Kampf mit der Linken Opposition, um die Volksempfänger der Partei zu führen

Die kommende Bürgerblockregierung.

Um 60 000 unterstützte Arbeitslose gibt es heuer mehr als im Vorjahre zur selben Zeit. Trotz der Hungerurteile der J. W. K. steigt die Zahl der unterstützten Arbeitslosen. Wie es mit jener Kamme bestellt ist, die ausgearbeitet wurde, schreigt die offizielle Statistik.

Eine gewaltige Lohnabbaoffensive hat eingesetzt. In England stehen über sechs Millionen Bergarbeiter vor Lohnreduzierungen, in Deutschland hat bereits eine breite Welle von Lohnreduzierungen eingesetzt. Unter dem Schwindel des Preisabbaues werden die Löhne abgebaut.

In Oesterreich verhandeln die bürgerlichen Parteien, die Christlichsozialen, der Schöber- und Heimatsbund über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Arbeiterklasse. Die Wirtschaftskrise soll auf Kosten der Werttätigen gelöst werden. Ein Viertel der österreichischen Arbeiter ist arbeitslos, der übrige Teil schuftet mit Hungerlöhnen in den Bergwerken, Betrieben, Werkstätten und als Landarbeiter bei den Agrariern.

Die Wahlen haben keine Lösung gebracht und konnten sie nicht bringen. Der Faschismus stößt weiter vor. Hitler und Starhemberg planen sich zu vereintigen. Die Nationalsozialisten fordern in ganz Oesterreich mit großen Plakaten Neuwahlen. Die Arbeiterklasse erlebt eine Tragödie. Die Faschisten kämpfen gegen das von der Sozialdemokratie geschaffene Protektionswahlrecht, für ein demokratisches Wahlrecht, das auch den kleinen Parteien eine Vertretung im Nationalrat sichern soll.

Das von der Sozialdemokratie als „Sieg der Demokratie“ ausgelegte Wahlergebnis schlägt bereits in seine wahre Wirkung um. Daran wird auch das feige und ohnmächtige Buhlen um die Gunst der Bourgeoisie nichts ändern. Die „Arbeiter-Zeitung“ bettelt um die Koalitionsregierung:

Wer noch eine Spur von Verantwortungsgefühl hat, muß es nun endlich erkennen:

alle Kräfte aller großen Klassen müssen zum Kampf gegen die wirtschaftliche Not konzentriert werden!“

„Jede wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzt ja

Zusammenwirkung zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, Verständigung zwischen Industriearbeitern und Bauern, sachliche Mitarbeit aller großen Parteien im Parlament, eine Atmosphäre, die Kompromisse

zwischen den man denke nur an die Fragen der Handelspolitik! widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen ermöglichst, voraus!“

Kompromisse auf Kosten der Arbeiter, Kompromisse mit Schöber, Vaugoin und Starckenberg?!

Das reaktionäre Wirtschaftsprogramm der Bourgeoisie kann nur im revolutionären Massenkampf niedergebungen werden

Der Generalstreik in Spanien.

Bei der Besetzung von vier Arbeitern in Madrid, die bei einem Bauunglück ums Leben gekommen waren und von zehntausenden Arbeitern zum Grab geleitet wur-

den, führte die Polizei den Zug der Arbeiter und es kam zu blutigen Zusammenstößen. Zwei Arbeiter wurden getötet, mehrere verletzt. Als Protest gegen das Vorgehen der Polizei wurde über Madrid der 24stündige Proteststreik verhängt, dem sich die Arbeiterschaft anderer spanischer Städte angeschlossen hat. In ganz Spanien finden Massenverhaftungen statt, das Militär hat Bereitschaft, die öffentlichen Gebäude sind von Polizei und Militär besetzt. In Barcelona flackerte der Kampf besonders heftig auf, und sieben Arbeiter wurden getötet, zwanzig schwer verwundet. In Sevilla und Barcelona haben sich die Studenten mit den streikenden Arbeitern solidarisiert.

Diese Bewegung zeigt, daß auch im jesuitischen Spanien das Proletariat an seinen Ketten rüttelt.

Was uns Arbeiter schreiben.

J. B. K. Graz und Mulinari.

Wir berichten seinerzeit über die Maßregelung der Arbeiter Benz und Hermann durch den Betriebsunternehmer Mulinari. Beide Arbeiter hatten Lohndifferenzen mit Mulinari und wurden von diesem unter dem Vorwand „Arbeitsverweigerung“ entlassen. Wie uns mitgeteilt wird, hat die J. B. K. noch immer keine Entscheidung gefällt und die Familien beider Arbeiter sind, nur deshalb, weil die J. B. K. offenbar die Lohnrückermethoden dieses Unternehmers deckt, in bitterster Not. Mulinari setzt seine Scharfmachermethoden fort. So hat er kürzlich eine Arbeiterfamilie delogiert. Warum setzt sich die Gewerkschaft nicht für die gemäßigten Proleten ein?

Der Alpinekurs bei der Graz-Mölltaler Bahn.

Wie wir seinerzeit berichtet haben, hat das Gericht die Nichtbezahlung der 50 Prozent vom 13. Monatsgehalt durch die Alpine gebilligt. Damals schon kündigte die Alpine durch ihre Vertreter an, daß sie auch die Freifahrten, Regiefahrten, Montur- und Kohlendeputate, die ja nur „Geschenke“ seien, einstellen werde. Mit dem ständigen Abbau der Angestellten wird an der Verwirklichung dieser Drohung gearbeitet. Die Personalvertretung wird nicht anerkannt und die Direktion lehnt jedes Verhandeln mit dieser ab. Was helfen die Stimmzettel? In den Betrieben und Werkstätten müssen die Kämpfe entschieden werden. Organisation des revolutionären Widerstandes in den freien Gewerkschaften, das ist das Gebot der Stunde.

Strafella verurteilt ferne Ziele.

Bei der Grazer Straßenbahn wird systematisch abgebaut. Man wirft die Aelteren, die das zehnte Pensionjahr erreicht haben, aufs Pflaster und will nur junge Kräfte mit einem Stundenlohn von 75 Groschen beschäftigen. Neuerlich wurden 19 Straßenbahner aufs Pflaster geworfen. Straßenbahner mit 16 Dienstjahren wurden, mit einem Monat befristet, gekündigt. Der Zweck dieser Maßnahmen ist, die Straßenbahner müde zu machen, die Löhne zu drücken, die Pension zu beseitigen. Die Hauptschuld trägt die christlichsoziale Gewerkschaft; auch die freie Gewerkschaft hat ein Maß Schuld daran, weil der Streik im Jahre 1928 nicht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln geführt wurde. Dagegen gibt es nur eines: schließt auch zum revolutionären Kampfe zusammen. Organisiert den Abwehrkampf, bleibt aber in der freien Gewerkschaft und wählt revolutionäre, aufrechte Vertrauensmänner. Nur mit einer entschlossenen Führung kann es möglich sein, dem Strafellaturs ein Ende zu machen.

Man behandelt uns wie Hunde!

Standards sind die Zustände auf dem Arbeitslosen-nachweis in Graz, Bürgergasse 26. In völlig ungenügenden Räumen, zusammengepfercht müssen sich die Arbeitslosen, darunter viele, die durch Wochen keine Unterstützung beziehen, von 7 Uhr früh bis 1 Uhr nachmittags, anstellen und warten, bis sie vom Herrn Inspektor vorge lassen werden. Ein echter Slavenmarkt. Die Arbeitslosen harten ihrem Schicksal: werde ich die Unterstützung wenigstens noch über den Winter bekommen? fragt einer den andern und denkt dabei an den Hunger seiner Kinder und an die kalte Stube! Kommt er endlich an die richtige Stelle, erwarten ihn neue Schikanen. Bringen sie ihren Heimatschein! Nun heißt es zu Fuß stundenlang nach Hause gehen (Eggenberg - Andritz - Gösling), und am nächsten Tag wieder anstellen und warten. Protestiert einer, so heißt es „Insich“ oder gar Drohung mit der Polizei. Selbst die Beamten leiden unter der erscheinenden Qual der engen, völlig ungeeigneten Räume. Es muß dringend gefordert werden, daß 1. durch Rundmachung bekanntgegeben wird, welche Dokumente der Arbeitslose mitbringen muß, 2. die Anstalten auch am Nachmittag für den Parteienverkehr verwendet werden, 3. neue Räumlichkeiten und eine bessere Organisation des Parteienverkehrs.

Für diese Forderungen müssen die Arbeitslosen kollektiv eintreten.

Die Terrorwahlen in Polen.

Am 16. d. M. fanden in Polen die Wahlen statt, die von Bilubski mit faschistischem Terror, insbesondere gegen die Arbeiterschaft, durchgeführt wurden. Das geheime Wahlrecht wurde abgeschafft, die Listen der kommunistischen Partei, die schon seit Jahren verboten und dem weißen Terror ausgesetzt ist, hat trotzdem 5 Mandate (früher 7) erhalten. In den meisten Wahlkreisen wurden die Listen des antifaschistischen Block (das waren die Listen der kommunistischen Partei) nicht anerkannt. In den Industriegebieten haben die Kommunisten die Sozialdemokratie weit überflügelt. Die polnischen Sozialisten haben mit den mit ihnen verbündeten Parteien fast die Hälfte der Stimmen verloren und sind von 140 auf 78 Mandate herabgesunken; daß ist die Antwort des Proletariats auf die Politik der Sozialisten, die Bilubski zur Macht geholfen haben. Der Regierungsbloc erhielt 248 (123) Mandate, die Demokraten 14 (15), die Ukrainer 20 (26), die Juden 7 (12), die Deutschen 5 (19). Die bürgerliche Presse hebt besonders den Erfolg der Kommunisten hervor.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. — Im Auftrage der kommunistischen Opposition Oesterreichs (Linke Kommunisten): Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Kovarogasse 24. — Druck: „Adria“, Wien, 2. Bez., Taborstraße 52 b.